

**Günther Greindl, General i. R.**

**Referat zur Neutralität, VHS Meidling am 24. 10. 25**

Danke für die Einladung zur heutigen Diskussion über die Neutralität. Täglich klingen die Stimmen der Politiker, der Experten und der Journalisten an unsere Ohren. Wir müssen kriegstüchtig werden, Russland wird demnächst angreifen, wir befinden uns bereits in einem hybriden Krieg. Die Außenministerin Beate Meinl-Reisinger stellt die Neutralität sogar offen in Frage. Sie könne uns nicht schützen, das könne nur die NATO. Anders Rasmussen, der ehemalige Generalsekretär der NATO, sagte kürzlich: In der heutigen Welt kann man nicht neutral bleiben. Im Gegenteil, In der heutigen Zeit, in der die Kriegsrhetorik immer schriller wird, brauchen wir die glaubwürdige und wehrhafte Neutralität am meisten. Glaubwürdige Neutralität nützt, wehrhafte Neutralität schützt.

Unsere Neutralität erfüllt eine geopolitische Funktion die wir nicht aufgeben dürfen. Sie ist keine temporäre Haltung, die man nach Belieben wechseln kann. Sie ermöglichte den Staatsvertrag, weil wir der Sowjetunion versprochen, in aller Zukunft keinem Militärbündnis anzugehören. Sie ist unser immerwährender Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa. Immerwährend ist nicht ewig, aber sie gilt solange Österreich als unabhängiger Staat besteht. Sie wurde Teil unserer Identität und Triebfeder unserer Friedenspolitik. Sie ist ein zivilisatorischer Fortschritt, weil sie eine Teilnahme an Kriegen ausschließt.

Die Regierung will in der EU ein verlässlicher Partner sein, der alle Beschlüsse der Gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) solidarisch vollzieht. Die Neutralität soll uns daran nicht hindern. Die überwältigende Mehrheit der Österreicher sieht das anders. Sie wollen eine glaubwürdige Neutralitätspolitik. Diesen Widerspruch möchte die Regierung mit einem Doppelspiel auflösen. Die Neutralität wird als denkmalgeschützte Fassade erhalten hinter der ihre Glaubwürdigkeit schleichend entsorgt wird. Der ehemalige Außenminister der USA Tony Blinken brachte es bei seinem Österreichbesuch auf den Punkt: „Ihr seid neutral, ohne neutral zu sein“.

Österreich bekennt sich klar zur Neutralität im Einklang mit der Verfassung. So steht es mehrmals im Regierungsprogramm. Dieses Bekenntnis bedeutet, dass außer dem Neutralitätsgesetz auch den Artikel 23j B-VG, der die Teilnahme an der GASP regelt, zu berücksichtigen ist. Unter Berufung auf diesen Artikel wird die Regierung Beschlüsse der GASP solidarisch vollziehen, auch wenn sie mit der Neutralität im Widerspruch stehen. Diese Auslegung des Artikels 23j geht eindeutig zu weit. Erstens hat das internationale Völkerrecht Vorrang vor dem Recht der EU. Zweitens müssen laut EU-Vertrag Maßnahmen der GASP die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen achten. Drittens sind Fragen der nationalen Verteidigung davon nicht betroffen. Eine solidarische Mitwirkung an Maßnahmen der GASP, die der UN-Charta widersprechen oder den Kernbestand der Neutralität gefährden, ist abzulehnen. Das muss der EU ganz klar kommuniziert werden. Deshalb muss die Einstimmigkeit in der GASP bleiben.

Wie sehr die fragwürdige Auslegung des Artikels 23j dem Kernbestand der Neutralität und unserer Sicherheit schaden kann sehen wir bereits. Weil die EU die Ukraine unterstützt erlaubt Österreich den Transit von NATO-Waffen. Der Transit von Waffen ist eine Hilfeleistung, die eine Kriegspartei militärisch begünstigt. Er verletzt den Kernbestand der Neutralität und stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, das bei neutralem Verhalten nicht bestünde. Bei einer Ausweitung des Krieges wären österreichische Verkehrseinrichtungen ein legitimes Ziel russischer Raketen. Kein Wunder, dass in dieser Lage die militärische Führung die Beschaffung von Luftabwehrraketen großer Reichweite fordert. Der Beitritt zum Sky Shield soll die Umsetzung dieses technisch und finanziell anspruchsvollen Vorhabens erleichtern. Sky Shield ist ein Projekt zur Stärkung der

Luftabwehr der NATO. Eine Beteiligung ist trotz der Neutralitätsvorbehalte ein weiterer Schritt zur NATO.

Das Bundesheer wird, laut Regierungsprogramm, für die größtmögliche Kooperation im Rahmen des strategischen Kompasses konzipiert. Der Strategische Kompass ist ein Aktionsplan der EU zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die eine Ergänzung zur NATO bildet. Für die Aufgaben der GSVP soll das Bundesheer in hochmobile EU-interoperable Einheiten strukturiert werden, die an den EU Außengrenzen und darüber hinaus einen militärischen Solidarbeitrag leisten sollen.

Diese Vorhaben sind eine weitere Aushöhlung der Neutralität. Die Eigenständigkeit der GSVP ist eine Illusion. Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates, ist für die NATO-Staaten der EU die NATO das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung. In Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die EU nicht Herr im eigenen Haus. Sie ist der NATO untergeordnet und sie wird von ihr gesteuert. Ein militärischer Solidarbeitrag für die GSVP ist in Wahrheit ein Beitrag zur NATO. Die einzige Kraft über die sie selbst verfügt ist die EU-Schnelleingreifkapazität von 5.000 Personen, an der das Bundesheer bereits teilnimmt.

Die wehrhafte Neutralität, die uns schützt, steht im Regierungsprogramm nicht im Vordergrund. Ein neutraler Staat darf seine Verteidigung niemals aus der Hand geben. Die wehrhafte Neutralität braucht eine Armee, die stark genug ist um Österreich aus Kriegen heraus zu halten. Eine Milizarmee, von mindestens 200.000 Mann, so wie wir sie zur Zeit des kalten Krieges hatten, würde eine Verteidigungskraft entwickeln, die in der Lage wäre diese Aufgabe zu erfüllen. Sie müsste die Kampfführung mit Drohnen beherrschen und sie würde in Einzelgefechten die überlegene Technik des Feindes unterlaufen. Sie müsste zur Abwehr von Luftangriffen befähigt sein. Das wäre die moderne Form der Spannochi-Doktrin, die damals in der Bevölkerung eine große Glaubwürdigkeit hatte. Eine Milizarmee dieser Stärke bliebe ohne Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen Flickwerk. Sie hätte den Vorteil, dass sie eine starke Abwehrkraft entwickelt würde ohne andere zu bedrohen. Österreich wäre keine Zone der Unsicherheit sondern ein verlässlicher Partner in der EU, weil wir unser Staatsgebiet selbständig verteidigen würden.

Das Regierungsprogramm lobt die EU als größtes Friedensprojekt aller Zeiten. Das ist ein klarer Fall von Selbsttäuschung. Die EU hat ihre Gründungsidee längst aus den Augen verloren. Sie befindet sich im Kielwasser der NATO auf einem sicherheitspolitischen Irrweg, der einen Krieg in Europa herbeiredet. Ich empfehle den Politikern, Experten und Journalisten, die ständig nur vom Krieg reden, die Charta von Paris aus dem Jahr 1990 zur Hand zu nehmen und sie unvoreingenommen zu studieren. Damals wurde feierlich erklärt: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ Das war eine Zeitenwende zur kooperativen Sicherheit, die Vision einer strategischen Triade USA,EU,Russland. Friede in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland möglich. Statt die kooperative Sicherheit, so wie sie in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) angelegt war, zu verteidigen, nahm die EU ihre Zerstörung schweigend zur Kenntnis. Wenn die EU in der Welt eine Rolle spielen will, muss sie zu ihrer Gründungsidee zurückkehren. Als Friedens- und Handelsmacht braucht sie harmonische Beziehungen mit allen Staaten der Welt. Österreich könnte sich auf seine Neutralität besinnen und als Sitzstaat der OSZE mutig für die Wiederbelebung der kooperativen Sicherheit eintreten.